Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste. Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75, im Ausland mit entsprechendem Portozuschlag. Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38, Vorm. 8-5 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11-1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 2 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

Engros-Lager von Karten, Pathenbriefen, Albums, Schulbedarf etc., allen Buchbinderwaaren. G. H. Rehfeld & Sohn, Papierhdlg., Hauptstr. 24.

Gartenvasen, Rehe, Hasen etc. Sessel, Gnomen, Ampeln, Beetverzierungen. J. G. Klingner, Dresden, Waisenhausstrasse 5.

W. F. Seeger, Dresden-N. Kasernenstrasse 31. Fernsprech-Amt II. Nr. 2153. Weinhandlung und Champagner-Fabrik, Wein- und Probirstube. Kommissionslager zu Originalpreisen in allen grösseren Orten von Sachsen und den Nachbarprovinzen. Preislisten versende frei.

„Invalidendank“ Dresden, Seestrasse 6, I. Fernsprechstelle 117. I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen. II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater. III. Effecten-Controle unter Garantie. IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Glaswaaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl Wilh. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten, Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34. Grosse Auswahl in Neuheiten hochelegant garnirter Damenhüte in jeder Preislage. Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris, Wien.

Nr. 161. Spiegel: Preßfreiheit, Sozialdemokratischer Boykott, Agrarkonferenz, Hofnachrichten, Sozialdemokratische Agitation, Bewegung der Bevölkerung, Fiedlerhaus, Schlesische Eisenbahn, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Wilhelm Roscher. **Sonntag, 10. Juni.**

Politisches.

Die sommerliche Stille in der inneren Politik wird allmählich so groß, daß selbst der „horror vacui“, die Scheu vor dem leeren Raum, welche die Natur nach der naiven Ansicht älterer Physiker angeblich haben sollte und auf Grund deren dieselben das Aufsteigen von Flüssigkeit im luftleeren Raum zu erklären suchten, die klaffende Lücke in den Ereignissen nicht auszufüllen vermag. Nicht einmal die im Gange befindlichen Erörterungen über den § 11 sind im Stande, dem allgemeinen „Stoffmangel“ abzuhelfen, obwohl man gleich von zwei Seiten sich über das alte bemooste Haupt dieser kulturgeschichtlichen Größe hergemacht hat, nämlich von Seiten der Jurisprudenz und der Sozialdemokratie, beide freilich in einer Weise, die der entgegengesetzten Natur ihrer Pole entspricht. Die Rechtsgelahrtheit betrachtet den § 11 vom Standpunkt des Preßgesetzes aus und hat neuerdings verschiedene Urtheile zu Wege gebracht, durch welche die Berichtigungspflicht in einer für die Presse geradezu unerträglichen Weise ausgedehnt wird. In einem Falle ging die formalistische Auffassung sogar soweit, daß einer notorischen Schwindlerin der § 11 zur Täuschung des Publikums zur Verfügung gestellt wurde! Angesichts solcher Vorkommnisse kann selbst die wohlwollendste Beurtheilung nicht umhin, anzuerkennen, daß die Rechtsprechung gegenüber den Bedürfnissen des praktischen Lebens immer mehr in eine Sackgasse hineingeräth, aus der herauszukommen nur unter zwei Voraussetzungen möglich sein wird: einmal müssen unsere Strafgesetze eine begriffliche Vertiefung erfahren und zum Anderen die Richter sich daran gewöhnen, die thatsächlichen Verhältnisse des Lebens und Verkehrs nicht durch einen vielfach betriebenen juristischen Begriffskultus zu vergewaltigen, sondern den genannten Faktoren im Gegentheil den größtmöglichen Spielraum zu gewähren, der innerhalb der Schranken der Gesetze überhaupt erreichbar ist. Wenn gerade nach der letztgenannten Richtung ein größeres Verständniß in juristischen Kreisen erzielt werden soll, so würde sich freilich eine Ergänzung in der praktischen Ausbildung der jungen Juristen nothwendig machen. Segensreich wäre jedenfalls z. B., wenn die bei uns in Sachsen — allerdings sehr vereinzelt — geübte Praxis weiter ausgedehnt würde, daß die Referendare gehalten würden, ein Semester an einem größeren Blatte thätig zu sein. Zweifellos würde dann sehr bald eine veränderte Auffassung über Wesen und Aufgaben der nationalen Tagespresse in den in Frage stehenden Kreisen Platz greifen, aber es würde auch im Allgemeinen die Lebensanschauung der jungen Juristen erweitert werden, die für eine ideale Rechtsprechung eine wesentliche Vorbedingung allezeit bleibt. Solange allerdings selbst ein Blatt wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ diejenigen Richter, die nicht direkt nach ihrer Pfeife tanzen wollen, mit dem Titel „verknöcherte Gesellen“ bedenkt, darf man auf eine günstigere Stellungnahme der Rechtsprechung gegenüber der Presse keinesfalls rechnen.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum § 11 erstreckt sich auf das in cerevisiis berühmt gewordene Exemplar dieser Gattung. Die bürgerliche Trinkfreiheit, die sich in dem § 11 verkörpert, ist den Herren des rothen Terrorismus ein Dorn im Auge. Nach ihrem Ideal soll nur solcher Stoff getrunken werden, der von den modernen sozialdemokratischen „Schmeckherren“ — so hießen in der guten alten Zeit die Magistratsbeamten, denen die Prüfung des Bieres auf seine Qualität hin in den Städten oblag. — als für einen „zielbewußten Genossen“ wohlbekömmlich verbrieft worden ist. Wenn irgendwo eine Brauerei einmal ihren aufsässigen Arbeitern den Standpunkt klar zu machen „wagt“, so fährt der Beelzebub dieser ordnungsparteilichen Unbotmäßigkeit flugs in ihr Gebräu und macht ihren Stoff für die „Genossen“ ungenießbar. Dann ergeht alsogleich der parteioffizielle Bannfluch über die Brauerei. Dresden, Berlin und Braunschweig wissen davon zu erzählen. Indeß, in aller Welt und unter allen Verhältnissen ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der frivole Uebermuth der revolutionären Zwingherren ist diesmal so arg geworden, daß der ganzen bürgerlichen Gesellschaft mit einem Mal die Augen aufgegangen sind über die Nothwendigkeit einer geschlossenen Einigkeit gegenüber solchem verwerflichen Treiben. Die Beschlüsse, die in dieser Richtung in Berlin im Lager der Ordnungsparteien gefaßt worden sind, lassen den Sieg der boykottirten Brauereien als gewährleistet erscheinen. Vor Allem wird es aber darauf ankommen, in Fällen solcher Art die bedrohten kleinen Gewerbtreibenden ausreichend für ihren Ausfall an Verdienst zu entschädigen, damit sie der sozialdemokratischen Vergewaltigung erfolgreich widerstehen können. Das ist eine Ehrenpflicht der bürgerlichen Gesellschaft, der sie sich schon im Interesse der Selbsterhaltung nicht entziehen kann. Daneben erwächst der Regierung die Aufgabe, für die strafrechtliche Verfolgbarkeit und die civilrechtliche Haftbarkeit der Veranstalter eines öffentlichen Boykotts zu sorgen. Diese Gesichtspunkte sind so richtig und ihre Durchführung ist im Interesse der Ordnung so dringend erforderlich, daß selbst die häufigste Wiederholung weit entfernt ist, ihre Bedeutung abzuschwächen, sondern sie nur immer klarer hervortreten läßt. Es scheint übrigens, als wenn der sozialdemokratischen Parteileitung in Berlin vor ihrer parteipäpstlichen Unfehlbarkeit in der Boykottfrage bereits bange würde. Der „Vorwärts“ nimmt den Mund schon nicht mehr so voll und sucht offenbar bei Zeiten die Aufmerksamkeit seiner Leute auf etwas Anderes zu lenken, indem er neuerdings eine Untersuchung über die Nothlage des Arbeiterstandes im Allgemeinen fordert. Wenn die Arbeiter so leichtsinnige Streiks, wie die letzte Zeit sie aufzuweisen hat, zu inszeniren vermögen, so sollte man meinen, daß von einer allgemeinen Nothlage eigentlich keine Rede sein könnte.

Auf der jüngst in Berlin abgehaltenen Agrarkonferenz ist die schlechte Lage der Landwirthschaft unzweifelhaft festgestellt worden. Wenn auch die Ansichten über die zur Abhilfe des gegenwärtigen Nothstandes zu ergreifenden Maßnahmen bei den Mitgliedern der Konferenz vielfach schon mit Rücksicht auf die regionalen Bedürfnisse naturgemäß auseinander gehen mußten, so ergab sich doch bezüglich der Nothwendigkeit einer Aenderung des Erbrechts und der Umwandlung der hypothekarischen in ablösbare Rentenschulden erfreuliche Uebereinstimmung. Andererseits waren die Meinungen in Betreff der Verhütung einer übermäßigen Verschuldung des Grundbesitzes recht getheilt. Gleichwohl bedeutet die Agrarkonferenz in ihrem Gesammtresultat einen erheblichen Fortschritt auf der Bahn einer agrarrechtlichen Reform. Den guten Kern der in Berlin geführten Verhandlungen gesetzgeberisch zu verwerthen, wird eine mühevolle und dornenreiche, aber nicht unerfüllbare Aufgabe der Zukunft sein. In inniger Wechselwirkung mit den Berathungen der Agrarkonferenz stehen die von ihrer Milchschwester, der Silberkonferenz, gepflogenen Erörterungen. Das Ergebniß der langwierigen Debatten ist insofern erfreulich und nutzbringend zu nennen, als von den Anhängern der Doppelwährung in offizieller Weise der überzeugende Nachweis geführt worden ist, daß die Wiedereinführung des Silbers als vollgiltigen Währungsmetalles eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Beseitigung der landwirthschaftlichen Krisis bildet. Zugleich aber ist auch die von gegnerischer Seite so gern aufgetischte Mär endgiltig abgethan worden, nach welcher die deutschen Bimetallisten Deutschland allein zu einem Sprung in's Dunkle in der Silberfrage verleiten wollten. Nur auf dem Wege einer allgemeinen internationalen Vereinbarung soll das Silber remonetisirt, d. h. wieder zu vollgiltigem Gelde gemacht werden. Damit entfällt denn auch der andere Einwand, daß das „entwerthete“ Silber dem Golde gleichgestellt werden solle. Wenn sämmtliche Großmächte übereinkommen, daß von einem bestimmten Termin an das Silber wieder vollgiltiges Zahlungsmittel sein und in bestimmtem Verhältniß zum Golde stehen soll, so ist in eben diesem Augenblick die bisherige Entwerthung des Silbers aus der Welt geschafft und man kann nicht mehr von einem „entwertheten“ weißen Metall reden. Die Forderung der Wiederzulassung des Silbers auf dem Geldmarkt entspricht in jeder Beziehung so sehr der wirthschaftlichen Vernunft, daß sie nicht eher wieder von der Tagesordnung verschwinden wird, als bis ihre Erfüllung gesichert ist. Da dieser Moment aber bei dem zähen Widerstand der Männer des goldenen Vließes nicht so bald eintreten dürfte, so ist es leicht möglich, daß im Laufe der nächsten Zeit die altbekannte Seeschlange ihre Rolle an die Silberschlange abtreten wird.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. Juni.

Berlin. Der Kaiser setzte heute die Truppenbesichtigungen auf dem Tempelhofer Felde fort. Derselben wohnte der Kronprinz von Griechenland und Prinz Leopold von Bayern sowie die Deputation der englischen Königin-Dragoner bei. Abends fand im Neuen Palais zu Ehren des griechischen Kronprinzenpaares und des Prinzen und der Prinzessin Leopold von Bayern eine größere musikalische Abendunterhaltung statt. — Der Kaiser trifft am 23. ds. in Kiel ein, von wo aus er nach mehrtägigem Aufenthalt seine diesjährige Nordlandsreise antritt. — Der Kolonialrath hat heute seine Berathungen abgeschlossen und den Entwurf einer Grundbuchordnung für Deutsch-Ostafrika genehmigt. In der gestrigen Sitzung wurden die Anträge wegen eventueller Aenderung der Geschäftsordnung des Kolonialraths berathen. Man stimmte schließlich darin überein, daß es zur Erreichung der von dem Antragsteller verfolgten Ziele einer Aenderung der Geschäftsordnung nicht bedürfe. Um die Continuität der Sitzungsperioden aufrecht zu erhalten, soll die Erneuerung der Mitglieder sich unmittelbar an den Schluß der vorausgehenden Periode anknüpfen. Außerdem soll anstatt eines formellen Schlusses der einzelnen Sessionen nur eine Vertagung eintreten, damit die von dem Kolonialrath zur Vorberathung einzelner Fragen eingesetzten Ausschüsse in der Zwischenzeit ihre Thätigkeit fortsetzen können. — Die feierliche Grundsteinlegung des Berliner Domes findet am Sonntag den 17. ds. statt. — Die Landwirthschaftliche Ausstellung war gestern, am dritten Tage, von 19,152 zahlenden Personen besucht. Die vorjährige Münchener Ausstellung zählte am dritten Tage ca. 2000 Besucher mehr, allerdings hat es gestern fast den ganzen Tag geregnet. Zu den gestrigen Besuchern der Ausstellung zählte auch Reichskanzler Graf Caprivi. Die Landwirthschafts-Gesellschaft beschloß in ihrer heutigen Hauptversammlung, ein Huldigungstelegramm an den Kaiser zu richten, in dem es heißt: „Möge es Eurer Majestät vergönnt sein, im segensreichen Wirken an der Spitze des Reiches dem deutschen Volke die bisherigen Segnungen des Friedens und dem Stande der Landwirthe die Möglichkeit zu erhalten, zum Wohle des Ganzen in redlicher Arbeit seine Pflicht zu erfüllen.“ — Gegen Ahlwardt stand heute vor dem hiesigen Landgericht Termin wegen Beleidigung des Finanzministers Dr. Miquel an. Der Termin ist im letzten Augenblick aufgehoben worden. Es verlautet, daß, nachdem die in Frage stehende Angelegenheit durch den Prozeß gegen Plack und Genossen vollständige Aufklärung gefunden, der Minister auf eine Bitte des Angeklagten den Strafantrag gegen ihn zurückgezogen hat. — Landgerichtsdirektor Brausewetter hat anläßlich der Zuschrift eines „der namhaftesten deutschen Juristen, früheren Mitgliedes der höchsten Gerichtshöfe“ an die „Nat.-Ztg.“, in der das Verfahren Brausewetter's bei der Vereidigung eines Zeugen scharf gerügt war, gegen den ungenannten Verfasser der Zuschrift sowohl als gegen den Chefredakteur der „Nat.-Ztg.“ wegen verleumderischer Beleidigung Strafantrag gestellt.

Berlin. Der Verein Berliner Gastwirthe hat gestern zum Bier-Boykott folgende Resolution gefaßt: Der Verein richtet an die gesammte wohlgesinnte Einwohnerschaft Berlins die dringende Bitte, sich den Bestrebungen der Berliner Brauereien und der Umgegend sowie den der Berliner Gastwirthe in dem Bier-Boykott anzuschließen, um dem nicht zu rechtfertigenden Boykott ein Ende zu machen, durch welchen nicht etwa eine Brauerei oder ein Gastwirth, sondern eine unberechenbare Zahl von Familien in's Unglück gestürzt wird. In der lebhaften Debatte machte sich die größte Erregung gegen die Boykotter geltend, und wurde empfohlen, jeden Genossen, der etwa in den Lokalen der Gastwirthe Agitation treiben wolle, sofort hinauszubefördern. Die vereinigten Brauereien haben den Gastwirthen, um dieselben im Kampf zu unterstützen, jetzt einen Rabatt von 25 Proz. gewährt.

Berlin. Im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens ist heute ein Schlächtergeselle, der, weil er einem Genossen ein Auge ausgestochen haben sollte, zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt war, von welcher er bereits ein Jahr abgesessen hatte, freigesprochen worden.

Berlin. In der heutigen Generalversammlung der Landwirthschafts-Gesellschaft wurde beschlossen, für die Jahre 1895/96 vorläufig die Städte Dresden und Mannheim für die Ausstellung in Aussicht zu nehmen.

Leipzig. In dem Sacharin-Patent-Prozeß v. Heyden gegen Fahlberg hat das Reichsgericht die Berufung v. Heyden's verworfen und gegen ihn das Patent Fahlberg's unter Auferlegung der Kosten aufrecht erhalten.

Altona. Die Wittwe Fritz Reuter's ist gestorben.

Siegen. In dem Prozeß gegen Brüggemann und Genossen wegen Zusammenbruch des Siegener Bankvereins beantragte der Staatsanwalt folgende Strafen: gegen Brüggemann wegen absichtlicher Benachtheiligung des Bankvereins im Differenzhandel sowie wegen Verschleierung, Erpressung und Betrugs 7½ Jahre Gefängniß und 25,000 M. Geldstrafe, gegen Rösch wegen Benachtheiligung und Verschleierung 3½ Jahre Gefängniß und 5500 M. Geldstrafe, gegen Franz wegen Beihilfe zu den erwähnten Verbrechen und wegen strafbaren Aufwandes 1½ Jahr Gefängniß und gegen Schröder 3 Jahre Gefängniß und 20,000 M. Geldstrafe.

* Wien. Dem „Fremdenblatt“ wird aus Pest gemeldet: Der Kaiser nahm die von Wekerle vorgeschlagene Ministerliste, worauf, wie in liberalen Kreisen verlautet, auch Szilagyi verzeichnet ist, an. Authentisches darüber ist noch nicht bekannt.

Budapest. Die liberale Partei des Reichstags hielt heute eine außerordentliche Konferenz ab, in welcher Daranyi folgende Erklärung abgab, die von der Partei zum Beschluß erhoben wurde: „Mit Ueberraschung habe ich erfahren, daß meine Resolution vom 2. Juni, welche in der Konferenz einstimmig angenommen wurde, nicht nur in inländischen, sondern auch in ausländischen Blättern mißverstanden und mir eine Tendenz beigelegt wurde, welche derselben fremd ist und welche auch dieser Partei jederzeit fern stand. (Zustimmung.) Wir haben nichts Anderes gethan, als der Regierung gegenüber, welche zurücktrat, bei der Betonung der unverletzten Aufrechterhaltung unserer Grundsätze unserer Anerkennung, unseres unveränderten Vertrauens und unserer Anhänglichkeit Ausdruck gegeben (Zustimmung), sowie den zurücktretenden Ministerpräsidenten und seine Kollegen gebeten, in diesen schweren Tagen die Führung der Partei weiter zu behalten. Einer noch nicht gebildeten Regierung gegenüber konnten wir unsere Lage und unser Verhältniß nicht bezeichnen; das haben wir jedoch erklärt, daß wir die Durchführung unserer Prinzipien unter allen Verhältnissen fordern werden, und dem konnte kein anderer Sinn beigelegt werden, als daß wir die Verwirklichung der Prinzipien, die unserem Programm entsprechen, unterstützen werden, unser politisches Vertrauen jedoch davon abhängig machen, ob wir von der aus unserer Partei gebildeten Regierung die Durchführung eines Programms sicher erwarten können. Es lag uns daher fern, daß wir das der Krone ausschließlich zustehende Recht, Persönlichkeiten mit der Kabinetsbildung zu betrauen, in irgend welcher Richtung berühren wollten. (Lebhafte Zustimmung.) Das thaten wir nicht, da Niemand unter uns ist, der die unbestrittenen Rechte der Krone nicht achten würde und der zu einem solchen mit der ungarischen Verfassung nicht zu vereinbarenden Mittel greifen würde, ja sogar der nicht bereit wäre, für die Rechte und das Ansehen der Krone jederzeit einzutreten. (Lebhafte Zustimmung.)

Paris. Baron Hirsch kaufte zusammen mit dem Prinzen von Wales um 15,000 Lstrl. das Rennpferd „Matchbox“, um es für den großen Preis rennen zu lassen. Wenn „Matchbox“ siegt, hat Baron Hirsch dem Vorbesitzer 5000 Lstrl. nachzuzahlen.

Paris. Im Ministerrath theilte der Justizminister ein Schreiben der englischen Regierung mit, worin gesagt ist, daß der Gesundheitszustand des Cornelius Herz nicht gestatte, denselben vor das Bowstreet-Gericht zu stellen. Das Verfahren gegen Herz wird deshalb in contumaciam vor dem französischen Gericht fortgesetzt. — Der Kolonialminister wurde ermächtigt, von der Kammer einen außerordentlichen Kredit von 1,800,000 Frcs. zum Schutz der französischen Interessen in Afrika zu verlangen. — Der Marineminister übertrug die Dahomey-Angelegenheit dem Kolonialminister, da das Land beruhigt ist. — Aus Tonkin wird gemeldet, daß eine Truppe von 150 Franzosen auf eine verschanzte Bande Piraten bei Loolli traf. Fünfzehn Franzosen wurden getödtet.

Rom. Der mehrere Spalten lange Rechtfertigungsbrief Giolitti's an seine Wähler leugnet sämmtliche gegen ihn im Bankprozeß und in der Presse erhobenen Anklagen, die er zum Theil in überzeugender Weise, als Ausdruck des politischen Hasses und der Rache der durch sein Vorgehen Betroffenen bezeichnet.

Antwerpen. Der Falschmünzerprozeß, in welchen 5 Deutsche und Oesterreicher verwickelt sind, kam heute vor dem Geschworenenhofe zur Berathung. Oskar Krause, aus Leipzig gebürtig, ist angeklagt, für 200,000 fl. falsche Banknoten fabrizirt zu haben. Ramm aus Sachsen soll die zur Herstellung der Banknoten nöthigen Maschinen in Nürnberg bestellt haben, Fren aus München ist angeklagt, das nöthige Geld dazu hergegeben zu haben. Die Verhandlung dauert bis Montag.

Madrid. Das Theater in Ludmanor ist vollständig niedergebrannt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Petersburg. Das Ministerium des Innern hat sich dafür ausgesprochen, die Einführung ausländischer Arbeiter in Zukunft zu verbieten, da in Rußland genug Arbeitskräfte vorhanden seien.

Athen. Frau Schliemann hat dem griechischen Staate eine Sammlung von trojanischen Alterthümern zum Geschenk gemacht, die ihr Gatte von der dem Kaiser von Deutschland geschenkten abgesondert hatte.

Die Berliner Börse war heute recht lebhaft auf Wiener Anregung, wo man das Kabinet Wekerle für gesichert hält. Für Bergwerke war die Tendenz durch die Annahme begünstigt, daß zwischen dem preußischen Eisenbahnminister und dem Kohlensyndikat eine Einigung stattgefunden. Harpener gewannen gegen 2 Proz., Hibernia und Gelsenkirchener ca. 1½ Proz., Eisenbahnen fest, aber still, Kreditaktien lebhaft gefragt, auch heimische Banken, namentlich Dresdner Bank, zu anziehenden Kursen belebt. Italienische Werthe erzielten gleichfalls Besserungen; man nimmt an, daß die Verhandlungen über Gründung einer deutsch-italienischen Bank guten Verlauf nehmen. Deutschöstliche Bahnen fest im Hinblick auf die steigenden Getreidepreise, die dem Import aus Rußland bessere Aussichten eröffnen. Von Industriepapieren Lloyd-Aktien durch Deckungen begünstigt. Mexikaner ca. ½ Proz. höher, Russen

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.